

Schwäbische Zeitung

Erscheint am Mittwoch und Samstag. — Monatsbezugspreis RM. 1.70 samt Beförderungsgebühr und Trägeregeld, durch die Post: RM. 1.60 zuzüglich RM. 0.24 Post-Zustellgebühr. — Anzeigenpreise für den lokalen und allgemeinen Teil nach Preistarif vom 1. März 1946 — Adresse: Schwäbische Zeitung, Leutkirch, Poststr. 22, Tel. 212. — Geschäftsstelle Rottweil, Waldtorstr. 4, Tel. 322. — Verlagspostamt Friedrichshafen a. M.

Mittwoch, den 3. Dezember 1947

ORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

Nr. 96 / Jahrgang 3 / Preis 20 Pfg

Deutsche auf der Friedenskonferenz

Die Außenminister diskutieren die Voraussetzungen der Zulassung

London. — Auf der Außenministerkonferenz wurde am Samstag die Frage aufgeworfen, ob deutsche Vertreter zu den Friedensverhandlungen hinzuzuziehen seien. Bevin vertrat den Standpunkt, daß die Vorbereitung des Friedensvertrages nicht durch etwaige Schwierigkeiten behindert werden dürfte, die entstünden, wenn man eine deutsche Regierung zu bilden versuchte. Andererseits dürfte aber auch nicht die Bildung einer deutschen Regierung durch Schwierigkeiten verzögert werden, die sich mit dem Friedensvertrag ergäben. Vertretern einer deutschen Regierung, die in der Lage wäre, den Friedensvertrag anzunehmen, sollte man Gelegenheit geben, auf der Friedenskonferenz ihre Ansichten vorzubringen. Bidault erinnerte, daß folgende Etappen vorgesehen seien: eine Zentralverwaltung, ein Konsultativrat, die Vorbereitung einer Interimsverfassung und eine provisorische Regierung. Dieses Programm hänge eng mit der deutschen Wirtschaftseinheit zusammen. Die Alliierten könnten nur eine deutsche Regierung anerkennen, die in ihrer Grundhaltung und für die Sicherheit der Nachbarstaaten alle Garantien biete. Bis dahin werde in Deutschland die Autorität durch den Kontrollrat ausgeübt. Man könne sich schwer vorstellen, daß er von seinen Aufgaben entbunden würde, ehe die Friedensbedingungen festgelegt seien, und bevor man die Gewißheit habe, daß Deutschland sie auch respektiere.

Molotov meinte, die deutsche Regierung, die in der Lage wäre, den Vertrag zu unterzeichnen, würde sich an die Potsdamer Beschlüsse halten. Marshall sagte, er hoffe, daß Deutschland vor der Friedenskonferenz eine geeignete Regierung haben würde, doch seien beide Probleme voneinander unabhängig. Man könnte sowohl eine Regierung als auch befugte Vertreter Deutschlands auffordern, ihren Standpunkt darzulegen. Ein positives Ergebnis wurde auf dieser Sitzung nicht erreicht.

Am Vortage hatte Bidault es zwecklos genannt, über eine deutsche Regierung zu diskutieren, solange die Saar-Frage nicht entschieden sei. Bevin ließ keinen Zweifel, daß sich Großbritannien bei der Errichtung deutscher Verwaltungsstellen die Handlungsfreiheit vorbehalte, falls sich die vier Außenminister nicht über eine Zentralregierung einig seien. Diese Regierungsbildung dürfe nicht auf einem Kompromiß fußen, nach dem die Besatzungsmächte von ihnen bestimmten Persönlichkeiten die nötigen Befugnisse erteilt. Sie müßte nach den in den westeuropäischen Ländern üblichen demokratischen Grundsätzen und nicht nach denen Osteuropas erfolgen. England wäre nicht bereit, zu dulden, daß eine demokratisch getarnte totalitäre Verwaltung die Macht ergreife.

Zur Frage der Grenzen äußerte Marshall, Polen habe zweifellos ein Recht auf Entschädigung für die Verluste, die ihm zugefügt worden seien, doch müsse eine Entscheidung vermindert werden, die den gemäßigten Elementen Deutschlands jede Hoffnung nehme. Die industriellen Möglichkeiten des umstrittenen Gebietes müßten dem übrigen Deutschland und ganz Europa zur Verfügung stehen. Bidault sprach sich gegen weitere Massentrückführungen nach Deutschland aus, gleichgültig, wie später die Grenze gezogen werde. Um den augenblicklichen deutschen Bevölkerungsdruck zu vermindern, müsse versucht werden, Auswanderungsmöglichkeiten zu schaffen.

Der Sonderberichterstatter des „Kosmos“-Pressedienstes, Dieter Wolf, meldet über die letzten Verhandlungen der Londoner Konferenz: Vor der Sonntagsunterbrechung behandelten die Außenminister vor allem die Frage, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form deutsche Vertreter zum Friedensschluß gehört werden sollten. Ein Einvernehmen über die sehr komplizierten technischen Einzelheiten wurde noch nicht herbeigeführt, doch hob der französische diplomatische Sprecher die Sachlichkeit der Verhandlungen hervor. Ueber eine zwar nicht bestimmbare, aber vortragende Mitwirkung deutscher Vertreter vor der endgültigen Formulierung des deutschen Friedensvertrages sind sich im Grunde wohl die großen Vier einig. Deutschland hat keine Regierung. Ueber Form und Aufgabenbereich einer zu bildenden deutschen Regierung wird auf der Konferenz erst zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden. Es entsteht somit die Frage, ob die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages und die Abhaltung der Friedenskonferenz von der vorherigen Bildung einer deutschen Regierung abhängig gemacht werden soll. Das entspricht dem Vorschlag der Sowjetunion für die Fassung des Paragraphen 4 eines Dokumentes über die Verfahrensregelung zum deutschen Friedensvertrag, mit welchem sich die Außenminister nach vielen vorangegangenen Verhandlungen neuerlich beschäftigen. Danach soll, wenn die Vorbereitungen zum deutschen Friedensvertrag im wesentlichen abgeschlossen sind und die Anschauungen der übrigen Alliierten berücksichtigt worden sind, der deutschen Zentralregierung Gelegenheit gegeben werden, ihre Auffassung auf der Friedenskonferenz darzulegen. Die anderen drei Mächte sehen darin die Gefahr eines Aufschubs oder sogar die Unmöglichkeit, eine Friedenskonferenz abzuhalten. Sie haben daher für diesen Paragraphen Fassungen vorgeschlagen, die diese Gefahr vermeiden sollen. Die amerikanische Fassung will sich damit begnügen, „verantwortliche deutsche Vertreter“ zu hören, das könnten offensichtlich auch Vertreter der deutschen Länderregierungen sein. Die britische Fassung schlägt vor, daß eine deutsche Zentralregierung nur zu hören wäre, falls sie bis dahin in geeigneter Form existiere. Der französische Standpunkt geht davon aus, daß die Schaffung einer deutschen Regierung und die Abhaltung der Friedenskonferenz ganz verschiedene Dinge seien, die nicht in innere Abhängigkeit voneinander gebracht, sondern getrennt gehalten werden sollten. Im Verlaufe der Aussprache erwies sich, daß keine dieser Formulierungen auch nur eine einzige der drei anderen Mächte voll befriedigte. Es konnte also nirgendwo der Eindruck einer Blockbildung entstehen, das mag dazu beigetragen haben, daß die Verhandlungen sich ohne alle Schärfe, Anklagen oder Propaganda entwickelten und zu einer Verständigung darüber führten, daß man diesen Fragenkomplex zu einem späteren Zeitpunkt der Konferenz wieder aufgreifen werde.

Auf einem Frühstück beim amerikanischen Botschafter soll Bidault Marshall in Aussicht gestellt haben, daß Frankreich dem wirtschaftlichen Anschluß seiner Zone an die Bizone zustimmen würde, wenn sich die Außenminister nicht über die deutsche Wirtschaftseinheit einigen sollten. Von der französischen Botschaft wurde dazu gesagt, die Nachricht könne weder dementiert noch bestätigt werden, da die Minister wünschten, daß ihre vertraulichen Äußerungen auch vertraulich blieben.

Kräftepiel in Frankreich

Paris. — Durch den Streikbeschuß der Bergarbeitergewerkschaft und der Gewerkschaft der Postbeamten hat sich die Lage weiter zugespitzt. Auch die Kommunalbeamten und sogar die Belegschaften der Krankenhäuser und der Leichenbestattung beschlossen, die Arbeit einzustellen. Ein Kommuniqué des Verkehrsministeriums spricht von Sabotageakten auf den Eisenbahnstrecken. 29 Nationalverbände der Gewerkschaften, unter ihnen die metallurgische Gruppe mit 900 000, das Baugewerbe mit 500 000, die Eisenbahnen mit 400 000 und die Bergarbeiter mit 350 000 eingetragenen Mitgliedern, haben ein nationales Streikkomitee gebildet, das sowohl gegen die Regierung als auch gegen die unpolitische Minderheitsgruppe des Gewerkschaftsverbandes und gegen die christlichen Gewerkschaften die Arbeitsniederlegung durchsetzen soll.

In dieser Lage muß die Regierung Schumann, der die Nationalversammlung mit 322 gegen 186 Stimmen bei etwa 100 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen hat, entschlossene Maßnahmen treffen. Staatssekretär Abelin hat allerdings dementiert, daß man die Personen, die in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt sind, dienstverpflichtet wolle.

Die „zivile Mobilmachung“, von der gesprochen wurde, sollte die Bergarbeiter, die Metallarbeiter, die Eisenbahner, die Arbeiter der Mühlen sowie die Hafen- und Dockarbeiter treffen und auf sechs Monate ausgesprochen werden. Das sollte auf Grund eines Gesetzes geschehen, das der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Die Regierung brachte in der Nationalversammlung drei Gesetzentwürfe zur Verteidigung der Republik und der Freiheit der Arbeit, zur Eröffnung neuer Hilfsquellen und zur Reorganisation der Sicherheitspolizei ein und beschloß, das zweite Kontingent des Jahrgangs 1946, etwa 80 000 Mann, unter die Waffen zu berufen. Das Innen- und das Kriegsministerium haben eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen vereinbart. Vor allem in Paris und an den Punkten, die durch die Streiks und durch Sabotageakte besonders gefährdet sind, sollen Truppen eingesetzt werden. Die streikenden Beamten sollen zur Disposition gestellt und alle Saboteure entlassen werden. Andererseits hat die Regierung beschlossen, sogleich Teuerungszulagen auszuschütten, die Familienzuschläge zu erhöhen und die Ueberstundenlöhne zu revidieren.

Neue Parteien im Wahlkampf

-1. Stuttgart. — Am nächsten Sonntag werden in Nordwürttemberg und Nordbaden die Gemeinderäte für sechs Jahre gewählt. In Stuttgart sind sechs Wahlvorschläge eingereicht worden. Außer den vier alten Parteien haben sich zwei weitere gemeldet, die „Neue Partei“ und die „Arbeiterpartei“. Während die Arbeiterpartei als eine Spielart des Kommunismus bezeichnet werden muß, kann die Neue Partei wohl als Rechtspartei gelten. Der Wahlkampf ist von dieser Neugründung mit großem Elan geführt worden. Es fiel allgemein auf, daß sie weit mehr Papier zur Verfügung hatte, als die anderen Parteien und mit Methoden im Wahlkampf arbeitet, die von der NSDAP bekannt sind. Ein Gemeinderatskandidat der Neuen Partei war früher Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung „Flammenzeichen“. Die Militärregierung hat zu den Vorschlägen der Parteien noch nicht Stellung genommen. Die Bevölkerung zeigt vorläufig wenig Interesse und es bleibt abzuwarten, ob es am Wahlsonntag selbst größer sein wird.

Föderalistische Impulse

M. B. München. — Auf einer CSU-Versammlung im Münchner Prinzregententheater hat der bayerische Ministerpräsident über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands gesprochen. Alle Grenzprobleme, auch die schwierigen im Osten, die so viel Sorge und Ratlosigkeit machten, bekämen für alle Beteiligten ein ganz anderes Gesicht, wenn man tatsächlich zu einer Gestaltung der europäischen Staatenwelt käme, bei der die überkommenen Begriffe der Nationalgrenze gelockert und damit entgiftet würden. Eine Trennung Deutschlands in Ost und West müßte als ein großes Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa, und bei der Verflechtung der europäischen Verhältnisse mit den Weltangelegenheiten, als ein Unglück für die ganze Welt angesehen werden. Wenn an eine Föderalisierung Deutschlands gedacht werde, könnten diese Gedanken nicht an der Elbe oder an der Oder oder etwas weiter östlich stehen bleiben. In seiner Stellungnahme zum Neuaufbau Deutschlands kam Dr. Ehard zu der für einen Juristen beachtlichen Feststellung, es sei gleichgültig, wie man das neue föderalistische Staatsgebilde nenne, ob Bundesstaat, Staatenbund, Reich oder Bundesrepublik, entscheidend sei, daß der Aufbau einwandfrei von unten nach oben erfolge, daß die Rechte und Pflichten der Einzelglieder nicht durch Uebertragung von oben nach unten entstünden, sondern daß die Einzelstaaten das Pri-

märe seien, und daß keine zentrale, aus allgemeinen Wahlen des Gesamtvolkes hervorgegangene, völlig souveräne, verfassunggebende Nationalversammlung mit der Schaffung einer Bundesverfassung beauftragt werde. Ein neues föderalistisches Deutschland werde vom Süden her seine tragenden Impulse empfangen müssen oder es werde kein föderalistisches Deutschland geben.

Zur Londoner Konferenz sagte Dr. Ehard, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß man in Versailles dem deutschen Volk einfach einen Friedensvertrag aufzuzwingen, ohne mit ihm zu verhandeln. Solche Verträge entbehren der moralischen Kraft und seien gefährlich für die Geisteshaltung eines geschlagenen Volkes, vor allem, wenn mit einer solchen Verfahrensweise gleichzeitig die Absicht der Diffamierung und einer falschen und ungerechten Behandlung der Schuldforderungen verbunden sei.

Botschafter der Verständigung

-1. Stuttgart. — Der Ausschuß für Auswanderungsfragen beim Länderrat hielt seine erste Sitzung ab. Generalsekretär Roßmann nannte als wichtigste Aufgabe die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für Frankreich. Auswandererberatungsstellen sollen das planlose Abwandern von Arbeitskräften vermeiden und Auswanderungswilligen einwandfreie Verträge verschaffen. Staatssekretär Dr. Eberhard warnte davor, die Anwerbung deutscher Arbeiter als „Demontage der Arbeitskraft“ zu betrachten, empfahl vielmehr, dieser Situation eine politische Seite abzugewinnen. Deutsche Arbeiter im Ausland seien Botschafter der Verständigung. Die Arbeit deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und England habe bereits zu einer Auflockerung der öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland in diesen Ländern geführt. Vor der monatlichen Länderratstagung am Dienstag werden sich die Ministerpräsidenten der US-Zone zu einer internen Sitzung zusammenfinden, um die Frage der 20 000 deutschen Arbeitskräfte für Frankreich zu beraten. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß General Clay die Londoner Konferenz verlassen wird, um an der Länderratstagung teilzunehmen.

Protest gegen das Dinter-Urteil

Prag. — Das Organ der jüdischen Gemeinden der Tschechoslowakei protestiert gegen das Urteil, das der Gerichtshof in Offenburg (Baden) gegen Arthur Dinter ausgesprochen hat. Er war zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Dinter hatte die Parteiliednummer 5 und war Träger des goldenen Parteilabelzeichens.

Zwischen West und Ost

P. M. Zwischen West und Ost, Amerika und Asien, ist Europa in Gefahr, vollends verloren zu werden. Immer wieder sagt man uns, und wir werden es gewahr, daß unser Erdteil sich in den zwei Kriegen selbst zerstört habe. Nicht bloß seine politische Macht und Ordnung und seinen wirtschaftlichen Wohlstand, auch seinen gesellschaftlichen Aufbau und seine geistige Kultur. Es mag noch einige Großmächte in Europa geben — die führende Stellung des Erdteils, die europäische Idee und der Nimbus Europas sind dahin. Die zwei Giganten sind übrig geblieben, deren einer sich auf den Riesenkontinent Amerika stützt, während der andere seine Kraft aus dem weiten asiatischen Festland zieht, von dem aus gesehen Europa schon geographisch nichts als eine große vorgeschobene Halbinsel ist.

Amerika ist gegen Europas Vergangenheit das Land der Gegenwart, mit seinen unbegrenzten Hilfsquellen und Möglichkeiten, seiner Prosperität und seiner riesigen Technik, mit der unverbrauchten Frische seiner Menschen. Es kann sich leisten, das Land der möglichst großen individuellen Freiheit und des Kapitalismus zu sein. Und Rußland, das sich als das Land der Zukunft sieht, mit einer biologisch so jungen und hoffnungsfrohen Bevölkerung, mit der Idee des Kommunismus und der möglichst restlosen individuellen Einordnung in das Ganze des Staates, mit einer neu erwachenden und sich entfaltenden Wirtschaft — es kann sich leisten, den Kommunismus konsequent durchzuführen. Zwischen beiden aber liegt Europa, zerstört und ausgezogen.

Das natürliche politische Gefälle zieht mehr nach Osten. Eine weite gemeinsame Landgrenze verbindet einfacher als das Wasser, wenn auch heute der Ozean von Flugzeugen schon in einem Tag überflogen wird und die Reichweite der Raketengeschosse über den ganzen Erdball geht. Geistig aber steht uns die Kultur Amerikas näher, die nach ihrem Ursprung wie nach ihrer humanen Bestimmtheit der unsrigen verwandter ist und deren Wertung der Persönlichkeit uns mehr anspricht als die ganz neu einsetzende Kultur Rußlands. Aber die amerikanische Haltung setzt die amerikanische Prosperität und ihre Schätze voraus, die wir nicht haben. Der Kapitalismus eines reichen Landes kann human und großartig sein und einen humanen Staat aufbauen; unser Staat — zur Zeit haben wir nicht einmal den — wird auf Ge-

nerationen von Reichtum nichts mehr sehen. Die russische Haltung aber setzt einen Menschen voraus, der auf dem Gebiet der individuellen Freiheit so geringe Ansprüche stellt, wie das bei den Völkern des europäischen und asiatischen Rußland offenbar möglich ist.

Der europäische Mensch ist nach seiner langen Geschichte, die auch eine Geschichte der Befreiung der Persönlichkeit ist, zu solcher Entschlossenheit zugunsten des Staates ohne Gewalt wohl nicht bereit. Er ist individuell und freiheitlich, und er versteht auch Demokratie in diesem Sinn. Er verteidigt die Rechte seines persönlichen Lebens und ist bereit, demnach auch die Rechte seines Nachbarn zu achten. Der Nationalsozialismus hat den Begriff der Demokratie umgekehrt und seinen totalitären Autoritätsstaat als demokratisch im höheren Sinn angesprochen, sofern ja die 95 oder noch mehr Prozent seiner Wahlergebnisse den Verzicht auf die demokratischen Rechte in dem alten Sinn legalisierten. Der Europäer möchte, zumal nach den Erfahrungen dieser Umkehr, den Schluß nicht als richtig anerkennen, selbst wenn er von der entgegengesetzten Seite gezogen wird. Er möchte, wenn schon heute noch so große Beschränkungen seiner Freiheit notwendig sein mögen, die Idee einer tunlichsten Weite seiner privaten Sphäre, geregelt durch echte Humanität und einen sozialen Staat, nicht aufgeben. Er möchte sogar wieder die Freizügigkeit bekommen und seine oder seiner Kinder Berufswahl auf die Dauer mehr selber nach der inneren Berufung als nach einer statistisch begründeten staatlichen Berufslenkung bestimmen.

Die Verarmung Europas, bis in das einst so reiche England zu spüren, wird uns hindern, uns einfach der amerikanischen Welt zu verschreiben. Sie verbindet uns mit dem Osten. Jenes Freiheitsbedürfnis aber wird uns von einer Einschmelzung in die asiatische Welt fernhalten, sie verbindet uns mit dem Westen. Europa wird also in aller Armut seinen eigenen Weg suchen und gehen müssen, der Sozialismus und Freiheit vereint. Diese Vereinigung ist wohl möglich, wenn beide sich entgegenkommen. Vielleicht findet das alte Europa doch, wenn es auch keine Gegenwart hat, noch einmal eine Zukunft. Wenigstens wenn nun der Geist des Friedens und der Vernunft siegt und West und Ost sich nicht in der Herstellung von Atomwaffen, sondern im Wettbewerb der Arbeit und des Geistes zu übertreffen suchen.

ember 1947

Menschen
Was soll er
um, daß aus
setzen auf
ill zu Hause
Heimat! Vor
ng verloren
umher! Weil
r die Wirk-
t heute zu
Füßen und
nd sicheren
mittelmäßig
und was
Größe ver-
n. Diese ab-
tschen zum
en es nicht
d vagabun-
Nichts ent-
auf einen
gs zu folgen.
ht hat, un-
ans aus dem
Zukunft zu
vom Hören-
losen Men-
n. In diesen
wir immer
t mehr wei-
eres mensch-
und uns
ng ein Ende
k jene reli-
noch eine
Die Not, die
en, daß wir
en, daß es
schafflichen
aufstieg mehr
Christen-
uns nicht
ott her uns
und seine
rden, das ist
entgegen-
ß wir diese
ox und wun-
politischen
gar nicht
nur wenn
hören, kann
Erden!

orn beging
hren seines
machermei-
geschaut
er jahre-
des des Kir-
Gottes.

prüfung im
Müller mit
kehrte Lo-
nischer Ge-

des neue-
erförster
Vor der
Fr. Irene
ung als Mo-

des Vinzenz
ammer Reut-
-Mechaniker
war Gustav
Tuttlingen.

der Ueber-
nahme von
500 — fest-
mehr als
5. — oder in

de 23mal
fortgesetz-
ne des Kon-
Fängnis
ischen Ehren-
nt, Kimmich
mittelkartie-
t. Vom No-
Bere Mengen
Eierkarton
nem Bruder
Monate Ge-
itere Ange-
en und Geld-

Stoff oder 1
Or. 42. Ang.
33. Schram-

geboren gegen
t. Nr. 1152 an
alldorf. 4. (r
gierfa 3 Am.
Zucht, Zülar.
3. Schramberg,

en, im Taufd
Nr. 218 an die
Straftraße 20. (r
Zucht, im Taufd
Nr. 213 an die
medfr. 20. (r
nu. neuwertig,
Ang. unt. Nr.
imelf. Waldtor-

zu taufen oder
k. unt. Nr. 1086
alldorf. 4. (r

Ihre
eigen
gebore
brüchigen
aufgesuche

e u. foltenis.
Gorb a. N.
je 16.

53. Calw,
18
e, Willbad. (r

(Ausg. Mülb.
p. u. s. Rottweil.

Lob der Briefträgerinnen

„Ehe wir in der Doppelzone die Aufhebung des Postgeheimnisses zulassen, würden wir den Dienst niederlegen“ sagte der Direktor der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen, Staatssekretär Schubert in einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter. „Das Postgeheimnis — bekanntlich wurde es tatsächlich vor kurzem in der Ostzone aufgehoben — ist die Grundlage unseres Berufes, es ist verfassungsmäßig zugesichert und schenkt der Post das Vertrauen der Bevölkerung. Während der Nazizeit wurde es sogar entgegen allen Gestapobestrebungen aufrechterhalten.“

An eine Senkung der Postgebühren ist erst nach einer Währungsreform zu denken. Die Post arbeitet ohne Zuschüsse. 204 000 Beamte und Angestellte beschäftigt sie heute wieder innerhalb der Doppelzone. Die immer wieder vom Publikum bemängelten Verzögerungen im Verkehr mit der Ostzone sind auf die unzureichenden Postübergänge — zur Zeit nur einer bei Helmstedt — zurückzuführen. Die Hauptverwaltung strebt neue Übergänge bei Hof, Bebra, Meiningen und Hamburg-Büchen an. Die Verhandlungen über einen Postübergang bei Saalfeld sind noch im Gange; er würde besonders für Süddeutschland eine verkürzte Beförderungsdauer bedeuten, während heute noch ein Brief aus den Westzonen nach Berlin etwa fünf bis sechs Tage dauert.

Nach der Entwicklung des Telefonverkehrs befragt, erwiderte der Staatssekretär, daß die Ortskabel durch die Bombenschäden immer noch in schlechtem Zustand sind, Reparaturen können aus Rohstoffmangel nur beschränkt durchgeführt werden, auch die Freileitungen lassen zu wünschen übrig, während Fernkabel einwandfrei sind. In den Großstädten ist das Telefonnetz zu etwa 40 bis 50 Prozent zerstört.

Zu der Überalterung der Postbeamten äußerte Direktor Schubert, daß vor allem im gehobenen mittleren Dienst die älteren Vorgänge überwiegen. Gute Erfahrungen bei man in der Doppelzone, sowohl in den Städten wie auf dem Lande, mit den Briefträgerinnen gemacht. Sie sind zum Publikum

Der Friedensvertrag mit Japan

Washington. — Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, daß die Außenminister der Sowjetunion, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Chinas im kommenden Januar zusammentreten, um den Friedensvertrag mit Japan auszuarbeiten. In einer Note an China hat Molotow angeregt, daß die Außenminister der vier Großmächte des ostasiatischen Raums in China verhandeln sollten, wenn dieses es wünsche. In der sowjetischen Initiative ist die Antwort auf eine chinesische Note vom 17. November zu sehen, die den Friedensvertrag mit Japan auf einer Konferenz der elf Mitgliedstaaten der Fernostkommission ausgearbeitet wissen wollte. In amerikanischen politischen Kreisen glaubt man nicht, daß die Vereinigten Staaten auf den sowjetischen Vorschlag eingehen werden, da auch in Washington einer Elfer-Konferenz der Vorzug gegeben würde.

Praktische Neutralität

Heine. — Auf der ersten Interzonen-Tagung der Sozialausschüsse der CDU/CSU wurde eine Arbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse gegründet. Sie wird aus etwa 35 Delegierten der Länderausschüsse bestehen. Bis zur nächsten Sitzung ist die Geschäftsstelle in Köln. In den Verhandlungen trat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone, Mathias Föschler, für die parteipolitische und konfessionelle Neutralität der Gewerkschaften ein. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die eine nicht nur theoretische, sondern auch praktische Neutralität der Gewerkschaften fordert, und die Gewerkschaftler, die der CD und CSU angehören, aufruft, durch aktive Mitarbeit eine gesunde Entwicklung des Gewerkschaftslebens sichern zu helfen.

Schwäbinnen

„Soviel habe ich mit eigenen Augen gesehen, daß man in Schwaben unter den Mädchen eine weit größere Menge hübscher, so- ar schöner Gesichter findet als selbst in Sachsen, welches doch wegen dieses Artikels berühmt ist. Sie können gar nicht glauben, wie reizend dieser verschrieene Dialekt von schönen Lippen tönt, wie alles so naiv, so lieblich klingt; wie unendlich hübsch sind die blühenden Gesichtchen, wenn man ihnen sagt, daß sie schön seien, daß man sie liebe; wie schelmisch schlagen sie die Augen nieder, welcher Zauber liegt dann in ihrem Trotz, wenn sie sich wegwenden und flüstern: „Ach, ganget Se mer weg, moinet Se denn, i glaub's!“ Also Wilhelm Hauff.

Und da er selbst ein echter Schwabe war, ist sein Urteil hoch zu werten. Er wuchs mit ihnen auf, er sah sie erblühen und werden. Das ist ganz etwas anderes, als wenn einer bloß besuchsweise nach Württemberg kommt und dann über unsere Mädchen und Frauen reden will. Jean Paul tat es, als er 1819 nach Stuttgart reiste. Sein erster Eindruck war nicht überwältigend, denn er schrieb: „Wenig schöne Gesichter in der höheren wie in der niederen Weiberwelt, aber dafür feste, gesundfarbige und eckige, keine bedeutenden oder auch phantastischen Frauen, aber vernünftige und gute.“ Das war nicht eben galant. Doch ließ sich der Dichter nach längerem Verweilen anders belehren, und schon Tage später verbesserte er sich: „Die Weiber hier, ich habe ihnen früher doch Unrecht getan, find' ich einfach, schlicht, ohne schreiende Farben, weder im Guten noch im Bösen; anspruchslos, sogar

freundlich, und nehmen ihren Beruf außerordentlich ernst.“

Zu den Verlusten im Brief- und Paketverkehr bemerkte Staatssekretär Schubert, daß es „geradezu ein Wunder sei“ wie wenig sich bei diesem großen Beamtenstab an Unregelmäßigkeiten ereignen. Sorge bereiten allerdings die Verluste der Liebesgabenpakete, doch sind diese zunächst darauf zurückzuführen, daß ein hoher Prozentsatz bereits beschädigt ankommt. Bis jetzt hat die Post bereits acht Millionen derartiger Sendungen aus den USA befördert. Um die Verlustsätze herunter zu drücken, wird die Postverwaltung im Frühjahr diese Sendungen von Bremen aus auf dem Wasserwege nach Kassel, Heilbronn und Karlsruhe befördern. Das sollte bereits im Sommer geschehen, das Niedrigwasser verzögerte diese Absicht, die auch die Bahn entlasten wird. Ein Ueberseedampfer faßt 80 000 bis 100 000 Poststücke, die oft 500 000 Liebesgabenpakete enthalten. Für jedes Liebesgabenpaket aus dem Ausland erhält die Post 80 Goldcentimes; die Ver-

rechnung der anderen Sendungen vom oder zum Ausland erfolgt nach wie vor auf Grund der Weltpostverein-Abmachungen auf der Basis von Schweizer Franken.

Botschaft aus Singen

Baden-Baden. — Südena meldet aus Singen: „Der in Singen tätige „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“, dessen Leiter der ehemalige Oberbürgermeister von Singen, Dr. Bernhard Dietrich, ist, hat sich mit einer Erklärung an die Außenministerkonferenz in London gewendet, in der es heißt, daß die Wiederherstellung des deutschen nationalen Staates im Sinne der Bismarckschen Konzeption keineswegs die Lösung der deutschen Frage bedeute. Die Erklärung warnt gleichzeitig vor der Schaffung eines neuen Deutschland und bringt zum Ausdruck, daß die Wiederkehr alldieser Ideen die Sicherheit der Welt gefährde. Die autonomen Föderalisten unterstreichen in dieser Erklärung an die Londoner Konferenz, daß die Parteien Dr. Kurt Schumachers und Jakob Kaisers von oben herunter demokratisiert seien und daher unter gar keinen Umständen dem Sinne des Volkes entsprechen könnten.“

DIE KURZE NACHRICHT

Ostzonen-Mark verteilungsbereit

Der Berliner „Abend“ behauptet, in der Ostzone seien bereits die technischen Voraussetzungen für eine Währungsreform geschaffen. Eine Leipziger Wertpapierdruckerei habe die Geldzeichen einer neuen Währung gedruckt und sie seien verteilungsbereit. In Berlin-Karlshorst hätten Besprechungen über das Umrechnungsverhältnis zwischen der alten und neuen Währung stattgefunden.

Nur ein Rumpfkongress

Zu dem Aufruf der SED für einen deutschen Volkskongress sagte der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, die nationale Repräsentation habe sich als eine Propagandaveranstaltung der Kommunisten entpuppt. Eine Partei, die durch ihren Terror in der Ostzone die deutsche Einheit gefährde, spiele sich als deren Hüter auf. Auch der Vorsitzende der LDP Berlin, Karl-Hubert Schwennicke, lehnte den Vorschlag ab. Jakob Kaiser teilte mit, daß die CDU nicht teilnehmen werde. Hingegen begrüßte der Referent des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Erwin Bünzel, den Vorschlag. In Sachsen-Anhalt wurde ein überparteiliches Landeskomitee für den Kongress gebildet. Die württembergisch-badische KPD läßt sich durch den Landtagsabgeordneten Willi Böpple vertreten. In der britischen Zone haben alle politischen Parteien mit Ausnahme der KPD die Teilnahme abgelehnt.

Der unverständliche Schumacher

Die CDU der Ostzone hat ihren Vorstand für Dienstag zu einer außerordentlichen Sitzung nach Berlin einberufen. In diesem Zusammenhang heißt es, die Ostzonen-CDU habe sich in allen Phasen ihrer Bemühungen, eine gesamtdeutsche Vertretung zustandezubringen, von keiner anderen Rücksicht leiten lassen, als von ihrer Verpflichtung zu einer wahrhaft deutschen Politik. Die rein negative Haltung Kurt Schumachers gegenüber diesem lebenswichtigen, ausschließlich deutschen Anliegen sei der Union ebenso unverständlich, wie das mehr oder weniger passive Verhalten westdeutscher Kreise.

Verheißene Kombinationen

Jakob Kaiser hat den Versuch der SED, von der Ostzone aus nochmals eine gesamtdeutsche Willenskundgebung zustandezubringen, abgelehnt, da alle bisherigen Versuche an der Ablehnung der SPD und Dr. Schumachers gescheitert sind. Es ist daher auch verfehlt, an einen Besuch des bayerischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller in Berlin entsprechende Kombinationen zu knüpfen. Dr. Müller, den der Botschafter a. D. von Prittwitz

und Gaffron und der Abgeordnete Zwicknagel begleiteten, hatte Besprechungen mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, wobei auch das CDU-Memorandum an die Besatzungsmächte erörtert wurde. Dr. Müller erinnerte, daß er vor acht Tagen auch mit Dr. Adenauer in Fühlung getreten sei. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen die CDU-Politiker die Hoffnung aus, daß im Interesse des Friedens eine Teilung Deutschlands vermieden werde.

Verbotene SED-Versammlungen

Die französische Militärregierung hat in ihrem Sektor Berlins alle SED-Versammlungen bis zum 15. Dezember verboten, weil die Partei am 4. November eine nicht genehmigte Versammlung abgehalten hatte.

Dr. Ehard demittiert

Ministerpräsident Dr. Hans Ehard widersprach Meldungen, daß er mit den Staatspräsidenten von Südbaden und Württemberg, Karl-Hubert Schwennicke, gehabt hätte, die eine Föderation süddeutscher und südwestdeutscher Länder vorbereiten sollten. Im Kloster Schönenberg bei Ellwangen seien von den CDU-Vertretern lediglich interne Fragen erörtert worden.

Melbner wird ausgeliefert

Der bayerische Landtag hat die Immunität des WAV-Abgeordneten Karl Melbner wegen Verdachts der Urkundenfälschung und falscher eidesstattlicher Erklärungen aufgehoben.

Eideshelfer des Herrn Loritz

Der frühere Pförtner des Leohauses in München, Adolf Eigner, und Johanna Stangelmaier wurden wegen Verleumdung zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie vor Alfred Loritz in eidesstattlichen Erklärungen behauptet hatten, Dr. Josef Müller 1933 mit dem Parteizweck abgesehen zu haben.

An Sonderaufträge gewöhnt

In Dresden wurde der Oberkommissar Walter Konkolewski, der damit beauftragt war, die sächsische Bodenreform durchzuführen, verhaftet. Er soll während des Krieges als Offizier der Waffen-SS Sonderaufträge gehabt haben.

BCSV und CDU

Auf einer Tagung der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei in Freiburg teilte der Landesvorsitzende Dichtel mit, daß sich die Partei nunmehr „Christlich-Demokratische Union“ nenne.

Einheitlicher Europaverband

In Hagen (Westfalen) haben Bevollmächtigte der Europa-Union und des Europa-Bundes den Zusammenschluß beider Verbände zu einer gemeinsamen Organisation beschlossen. Nach dieser Fusion besteht in Deutschland

nur noch eine europäische Einigungsbewegung, deren gemeinsamer Name auf einer Delegiertenversammlung festgelegt werden soll. Bis dahin führt der Verband die Bezeichnung „Gemeinschaft Europa-Bund / Europa-Union“. Für die Fusion zeichneten als bevollmächtigte Vertreter Joachim C. Berringer, München, Dr. Walter Hasemann, Hannover, Bruno Maas, München, Adolf Meinberg, Kohlstedt/Lippe, Ewald Schmitz-Solingen, Solingen.

Konkordat im Kontrollrat

Ein Ausschuss des Alliierten Kontrollrats überprüft zur Zeit auf sowjetischen Antrag die Frage, ob das Konkordat zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl im Jahre 1933 als nationalsozialistisches Gesetz anzusehen sei.

UNESCO in Deutschland

Die UNESCO, die Kulturorganisation der Vereinten Nationen, hat auf ihrer Jahresversammlung in Mexiko-City beschlossen, mit den alliierten Kontrollbehörden in Deutschland Verhandlungen aufzunehmen, um ihre Tätigkeit auf Deutschland ausdehnen zu können. Polen stimmte dagegen und die Tschechoslowakei enthielt sich der Stimme.

General Nogues verurteilt

Der Generalresident Frankreichs in Marokko unter Petain, General Nogues, wurde vom Staatsgerichtshof in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war angeklagt, nicht nur Marokko, sondern auch Algerien, Tunis, Französisch-Ostafrika und Madagaskar der Vichy-Regierung unterstellt zu haben. Er ließ auch den früheren Minister Mandel und den General Bethouard verhaften, der im Auftrage General Girauds von ihm verlangt hatte, er solle den Alliierten bei ihrer Landung keinen Widerstand leisten.

Todessturz eines Generalen

Auf einer Inspektionsreise durch Nordafrika ist der französische General Leclerc tödlich verunglückt. Sein Flugzeug geriet in einen Sandsturm und stürzte ab.

Eintreise verboten

Marschall Tito und Präsident Dimitroff haben beschlossen, mit der Balkankommission der Vereinten Nationen weder zusammenarbeiten, noch ihr die Einreise nach Jugoslawien und Bulgarien zu gestatten.

Sessionschluss der UNO

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat mit 33 gegen 13 Stimmen bei zehn Enthaltungen die Teilung Palästinas gebilligt. Die arabischen Staaten verließen nach der Abstimmung die Sitzung. Hierauf wurde die ordentliche Session der Vollversammlung am Sonntag um 1 Uhr nachts geschlossen.

Die Glosse

Arbeit in Uniform

st. Die Bilder stehen uns noch deutlich in Erinnerung: Die erdbräune Uniform mit der Armbinde, der geschulterte Spaten und die klötzigen Knobebecher; die Zeit, die den jungen Schreiner ein halbes Jahr lang Kies schippen ließ und anschließend noch zwei weitere Jahre vor den Kriegswagen spannte; die Zeit, in der junge Studenten totschier ihren Ovid und Homer, ihren Pythagoräischen Lehrsatz und alle chemischen Formeln vergaßen; die Zeit, in der Wissenschaftler eine Probezeit als „Arbeiter der Faust“ ableisteten und gelernte Feinmechaniker Moore entwürdigten. Manchen hat damals der Verlust wertvoller Zeit stärker getroffen als der Zwang und das „Stillgestanden“. Man wird sicher verstehen, wenn in einer ausgesprochenen Notlage die Arbeitskraft der Menschen von Staats wegen eben dort „eingesetzt“ wird, wo sie gerade am notwendigsten gebraucht wird. Man begreift auch, daß einzelne Härtefälle vom Staat nicht berücksichtigt werden können, weil eben die allgemeine Not keine Rücksicht kennt. Jeder vernünftige Mensch wird sich in einem solchen Sonderfalle gerne der Notwendigkeit einer Arbeitslenkung fügen, aber er sollte doch jederzeit Anspruch darauf haben, an der Stelle verwendet zu werden, die seinen Fähigkeiten am meisten entspricht. Daß sich in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht die unwahrscheinlichsten Auswüchse gezeigt haben, ist nicht unbekannt geblieben. Geheimräte waren Meldefahrer, Juristen waren Mechaniker und Universitätsprofessoren mußten Pferde striegeln. Der Arbeitermangel der Nachkriegszeit warf erneut die Frage der Arbeitslenkung auf. Viele als Fachkräfte gute Leute erhielten durch die Entnazifizierung Berufsverbot, das heißt, sie waren gezwungen, „zur Strafe gewöhnliche Handarbeit zu leisten“. Die freigewordenen Stellen mußten neu besetzt werden, es war jedoch nicht immer der erforderliche Nachwuchs vorhanden. Es wiederholte sich also das gleiche Bild, das von den Zeiten des Krieges her noch sattsam bekannt war. Es fehlten einerseits Fachkräfte, andererseits aber wurden viele dieser Fachleute zu irgendwelchen anderen Arbeiten herangezogen. Es ging dadurch wertvolle Arbeitskraft verloren — jene Arbeitskraft nämlich, die eigentlich als Sühne für den einzelnen zugunsten des ganzen Volkes vorgesehen war. Jeder sittlich geordnete Mensch wird sich auch ohne Zwang irgend einer ehrlichen Arbeit unterwerfen, die seine ganze Kraft einnimmt und dem Wohle des Vaterlandes dient. Für solche ist eine Arbeitsdienstpflicht überflüssig, ja für den Staat sogar von Nachteil, weil unter dem Würgegriff eines Zwanges bei jedem freiheitsliebenden Menschen notwendigerweise die Leistung sinken muß. Daß dunklen und „schwarzen“ Existenzen gegenüber alle Druckmittel einer Staatsomnipotenz versagen, ist allgemach bekannt, denn jene schlüpfen durch die kleinsten Maschen eines Verordnungsnetzes, das gerade für solche Individuen „geknüpft“ wurde. In der Ostzone wird bereits wieder heftig über den Pflichtarbeitsdienst der Jugend diskutiert. Herumvagabundierende Jugendliche zum Beispiel in Mecklenburg wurden aufgegriffen, in Lager gesteckt und von dort aus zu Arbeiten herangezogen. Der Widerstand dieser „erfaßten“ Jugend war oft recht stark und mußte durch die Polizei gebrochen werden. Mag zwar ein solcher Widerstand häufig von dem Drang nach einer sogenannten „wilden Freiheit“ herrühren, so sollte doch, um der menschlichen Freiheit willen, aus dem Beispiel Mecklenburgs kein Präzedenzfall gemacht werden.

Schwäbische Zeitung

Redaktion: Albert Komma, Johannes Schmid. Verlag: Schwäbischer Verlag, KG., Friedrichshafen, in Leutkirch. Druck: Rottweiler Verlags- und Druckereigesellschaft, Rottweil.

Lob und Tadel, schön bunt durcheinander; es ist halt nicht leicht, die schwäbischen Mädchen und Frauen zu beurteilen. Wer maßt sich an, zu behaupten, er kenne sich bei ihnen aus? Oswald Rathmann.

Neue Bücher

Aus dem Süddeutschen Reisetagebuch des Herrn Michel de Montaigne 1580. Uebersetzt und herausgegeben von Otto Flake. Mit Zeichnungen versehen von Walter Schmidt. Jan Thorbecke Verlag, Lindau (87 Seiten).

Der französische Moralist ist auf dem Wege nach Italien auch durch Oberschwaben gekommen. Dabei hat er Konstanz, Wangen, Lindau, Kempten und andere Städte besucht. Die Eindrücke hält das Tagebuch fest, das allerdings nicht der Philosoph selbst, sondern sein Sekretär geführt hat. Erst in Italien griff Montaigne in Person zur Feder — und die Uebersetzung bricht vorher ab. Auch so ist das Büchlein reizvoll für jeden, der die Gegend kennt und liebt.

Otto Heuschle, Herzogin Anna Amalie. Die Begründerin des Weimarerischen Musenhofes. München Verlag und Graphische Kunstanstalt (328 Seiten).

Eine der sympathischsten Erscheinungen unter den deutschen Fürstinnen des 18. Jahrhunderts lebte Anna Amalia in der Literaturgeschichte als Freundin Wielands und Mutter des Freundes Goethes fort. Als halbes Kind noch Witwe und Regenlicht für den minderjährigen Sohn, ehe sie selbst volljährig geworden war, hat sie den thüringischen Kleinstaat in schwierigen Zeiten geschickelt geleitet und Karl August so erzogen, daß er die Rolle spielen konnte, die er dann gespielt hat. Heuschle legt vielleicht ein wenig zu viel Gewicht auf die Verwandtschaft mit Friedrich von Preußen. Darüber kommt die Ahnen Anna Amalias der kunstbegeisterte Herzog August von Wolfenbüttel, der unter dem Namen Selenus schrieb, und sein Sohn Anton Ulrich, einer der besten Romanautoren des Barocks, wie Leibnizens Gönnerin. Die geistreiche Sophie Charlotte und ihre Mutter, die Königin Kurfürstin Sophie, von denen Friedrich allerdings auch abstammte. Sprachlich steht das Buch leider nicht ganz auf der Höhe seines Themas. a.k.

Umschau im Kreis Calw

Kundgebung der Parteien

Calw. — Die Vertreter der vier politischen Parteien im Kreis nahmen in einer gemeinsamen Kundgebung in der Stadthalle zu der Londoner Außenminister-Konferenz Stellung. Nach Eröffnung der Versammlung durch Gewerkschaftssekretär Dagne sprach als erster Redner der Parteien C. F. Moerk (CDU). Es gebe, so führte er aus, heute viele Fragen und Probleme, die uns Deutsche beschäftigen, aber in diesen Tagen, da in London über das Schicksal Deutschlands beraten werde, bewege uns am meisten die Sorge um die Einheit und Freiheit unseres Volkes.

2333 weilen noch in Gefangenschaft

Im Kreis Calw befinden sich noch 2333 Soldaten in Gefangenschaft, davon 5 in Belgien, 391 in England, 936 in Frankreich, 58 in Jugoslawien, 1 in Luxemburg, 35 in Polen, 893 in Rußland, 1 in der Tschechoslowakei, 2 in Amerika und 11 sind ungeklärte Fälle.

Calw. — Um den Kriegsgefangenen aus dem Kreisgebiet eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten, führt das Kreiskomitee des Roten Kreuzes Calw eine Sammlung an Lebensmitteln und Kleidungsstücken durch. Die Bürgermeister leiten diese Sammlung örtlich in die Wege und übermitteln die eingegangenen Spenden dem Kreiskomitee. Es ist zu hoffen, daß diese Aktion die Unterstützung und Förderung aller findet.

Calw. — Der Fachverband Einzelhandel Calw hielt eine Mitgliederversammlung ab, die der Kreisbeauftragte Vincon (Calw) leitete. Dr. Lässig von der Geschäftsführung in Reutlingen nahm zu allen den Einzelhandel bewegenden Fragen Stellung. Der Fachverband Einzelhandel umschließt sämtliche Fachabteilungen der 17 Kreise Südwürttemberg-Hohenzollerns. Die Generalversammlung des Verbandes hat beschlossen, in sämtlichen Kreisen Geschäftsstellen einzurichten, die den Ortsvereinigungen zur Seite stehen. Der Heranbildung von Nachwuchskräften wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Eines der früheren Erholungsheime des Einzelhandelsverbandes soll nach erfolgter Freigabe als Fortbildungsstätte für den Nachwuchs eingerichtet werden. Abschließend sprach der Kreisbeauftragte der Geschäftsführung des Hauptverbandes seine Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit aus.

Aus dem Calwer Gemeinderat

Calw. — Zu Beginn der Sitzung des Gemeinderats konnte Bürgermeister Blessing die erfreuliche Mitteilung machen, daß für die Stadt Calw eine größere Lebensmittelpende aus Amerika unterwegs sei. — Der Gemeinderat befaßte sich mit einer Reihe von Einsprüchen gegen die Wohnraumerfassung. Der Gemeinderat gibt einer ortspolizeilichen Vorschrift seine Zustimmung, wonach die Bewohner an Straßen und Wegen künftig nicht nur die Gehwege, sondern auch die Straßen zu reinigen haben. Damit soll eine Entlastung der städt. Arbeiter erreicht werden. Die Latrinabfuhr macht der Stadtverwaltung immer noch große Sorgen. Die vielfachen Klagen der Bevölkerung wegen ungenügender Latrinabfuhr können nicht plötzlich abgestellt werden.

derh auch die Straße zu reinigen haben. Damit soll eine Entlastung der städt. Arbeiter erreicht werden. Die Latrinabfuhr macht der Stadtverwaltung immer noch große Sorgen. Die vielfachen Klagen der Bevölkerung wegen ungenügender Latrinabfuhr können nicht plötzlich abgestellt werden.

Calw. — Das Jugendkomitee des Kreises Calw hielt eine Sitzung ab, in der organisatorische Fragen des Aufbaus der Jugendarbeit im Kreis besprochen wurden. In der Vorstandssitzung wird eine Änderung angestrebt. Der stellvertretende Vorsitzende soll durch einen Angehörigen des Sports ersetzt werden. Zu der nächsten Sitzung des Jugendkomitees sollen auch die Vertreter der Verbände zugezogen werden, die bisher dem Komitee noch nicht angehört. Die Bildung von Unterausschüssen in Nagold, Neuenbürg u. a. Orten soll angestrebt werden.

Wir wollen nicht behaupten, daß das Jugendkomitee nicht reif wäre, die Jugendarbeit im Kreis voranzutreiben und zu positiven Ergebnissen zu bringen. Wir wünschen ihm aber doch einen klareren und etwas frischeren Zug. Gewiß kann die Erfahrung der Alten bei dieser Aufbauarbeit nicht entbehrt werden, aber u. E. sind gerade beim Jugendproblem Restaurationsversuche fehl am Platze. Wir müssen da ganz neu und ganz von vorne anfangen! Man stelle die ganze Arbeit auf eine breitere Basis, gebe Raum für Diskussionsabende mit freier Aussprache.

Die Calwer Oberschule musizierte

Calw. — Chor, Orchester und Instrumentalisten der Oberschule Calw boten im überfüllten Georgenäumssaal ihren Zuhörern zwei gneußreiche und gewiß auch anregende Stunden. Der Nachmittag war nicht nur ein Höhepunkt im Leben der Schule, er zeigte auch in schöner Weise, was der Musiklehrer der Oberschule, Laitenberger, in seiner intensiven kunstzieherischen Arbeit erstrebt und erreicht hat.

In einem mit Geschmack ausgewählten und fein gegliederten Programm vermittelte er im 1. Teil durch Orchester, Chorgruppen und Klaviervorträge von Einzelspielern Kostbarkeiten anspruchsvoller Art

Der Kreis Freudenstadt berichtet

Freudenstadt. — Mit Kälte und viel Schnee hat diesmal der Winter noch vor seinem kalendermäßigen Beginn im Schwarzwald seinen Einzug gehalten. Weiß verkleidet liegen die Hügel und die tiefen Wälder. Aber das Leben in der Kreisstadt und in den Kreisgemeinden steht nicht still. „Große Ereignisse“ liegen eben hinter den Freudenstädtern: um die Wiederaufbauplanung an Ort und Stelle kennen zu lernen, weilte die Staatsregierung mit Staatspräsident Bock an der Spitze in der Schwarzwaldstadt, und nach den vielen, teilweise recht unergiebigem Debatten, die bisher um den Neuaufbau schon geführt wurden, darf dieser Besuch und die ihm folgende Besprechung der hohen Gäste mit dem Gemeinderat und dem Abgeordneten-ausschuß als ein Schritt vorwärts gewertet werden. Im Verlaufe der Aussprache, in der der Staatspräsident den Freudenstädter Abgeordneten die tatkräftige Unterstützung der Landesregierung zusagte, sprachen auch die Minister Renner und Wildermuth zu den aktuellen Fragen des Neubaus, die Landtagsabgeordneter Bäßler in die kategorische Forderung zusammenfaßte: „Wir brauchen Wohnungen, Wohnungen und nochmals Wohnungen!“ Darin liegt in der Tat das entscheidende Problem. Man mag die Straßenführung für die Gesamtplanung wichtig nehmen, wie sehr man auch will. Aber alle Diskussionen um das „Reichsstraßenprojekt“ und die übrigen Modalitäten der Verkehrsführung verlassen gegenüber der faktischen Wohnungsnot, die heute noch immer viele Abgebrannte zwingt, unter Verhältnissen zu leben, die nicht menschenwürdig sind. Der Regierungsbesuch klang harmonisch aus, man hofft nun auf höhere Baustoffkontingente, auf weitere Lockerung der Bausperre und auf finanzielle Hilfe für die Geschädigten. Und man möchte nun wünschen, daß die frohe Zuversicht Bäßlers in Erfüllung ginge, der davon sprach, daß es im nächsten Jahr einen „ordentlichen Ruck vorwärts“ gehen werde, wenn nur alle Kräfte auf das Ziel — den Wohnungsbau — gerichtet würden.

Mit einem Grundton stiller Wehmut verlief der Abend, an dem die Kreisstadt und der Kreis nun endgültig von Dekan Gerhardt, dem ersten Stadtpfarrer der evangelischen Gemeinde, Abschied nahmen, der in den ersten Dezembertagen sein neues Amt als Dekan in Heilbronn angetreten wird. Vielfältig war der Dank an den Scheidenden, der aus Ansprachen und Darbietungen dieses Abends klang. Die Kreisverwaltung, die Stadtgemeinde, die Lehrer- und Schülerschaft, nicht zuletzt der Kirchengemeinderat und die Gemeinde selbst brachten durch ihre Sprecher warmherzig diesen Dank zum Ausdruck. Dekan Gerhardt stand auf weithin sichtbarem Posten im Kreis. Sein Wirken vor allem in den schmerzreichen Tagen des Zusammenbruchs und der Stadtzerstörung, sein männlicher Mut und seine zuversichtliche Zukunftsoffnung haben ein unlösliches Band zwischen ihm und der Bevölkerung gewirkt. Dieses Band wird die räumliche Trennung überdauern. Was der Dekan in Freudenstadt schuf, steht unverrückbar in der Geschichte der kritischen Epoche der Schwarzwaldstadt fest.

Das kulturelle Leben der Kreisstadt bewegt sich gegenwärtig auf einer Höhenkurve. Nach dem ereignisreichen Gastspiel der Tübinger, die den „Tasso“ in Meisterbesetzung mit Rudolf Fernau in der Titelrolle und Theodor Loos als Antonio brachten, erschien der berühmte Schauspieler Loos wieder am Vortragspult, um zur Jahresfeier des Geburtstags von Heinrich Heine aus dem Werk dieses Dichters zu lesen. Anschließend setzt das Volksbildungswerk, dessen herbstliche Lehrgangreihe nun ihrem Ende zureibt, seine „Komponisten-Bildnisse“ mit einem Konzert fort, das W. A. Mozart gewidmet ist

aus dem Schaffen der Meister Schubert und Brahms im Gedenken an ihren 150. Geburtstag bzw. 50. Todestag. Besonders erwähnt seien die drei Schubertschen Impromptus, seine in vierhändigem Spiel immer gern gehörten Deutschen Tänze und Märsche, sowie die Brahmsballade in g-moll. Von den Liedern gefiel wohl am besten der entzückende Brahmschor vom „Fischer auf den Fluten“ und „Die zwei Tugendwege“ von Schubert. — Der 2. Teil unter dem Motto „Singt und spiele! allezeit!“ brachte in vorbildlicher Weise Anregungen für häusliches Musizieren. Ob es nun die vom Orchester zum Anfang und Beschluß schwingvoll gespielte Triosonate von Ph. E. Bach war, oder die von vier Mädchen dargebotene besinnlichere d-moll Sonate des Altmeisters Corelli, oder ob es sich um Werke handelte, die uns der Thomaskantor bescheerte, wie das g-moll Präludium für Klavier, das Bourrée für Cello oder gar der langsame Satz aus dem d-moll Konzert für 2 Violinen: alles war Hausmusik im besten Sinne! Nicht vergessen seien aber auch die beiden Chorliedergruppen, die erste wie die heitere, darunter der schwermütige „Nachtigallensong“ von Mozart und das vergnügt-burschikose Haydnliedchen vom defekten Klavier und, last not least, einige sehr feine Sätze unsres Schulmusiklers zu alten Volksliedweisen, denen weitere Verbreitung zu wünschen wäre. Wie prächtig erklang doch am Ende: „Der hat vergeben das ewig Leben, der die Musik nicht liebt!“ Niemand hats den wackern Chorsängern angemerkt, daß sie über zwei Stunden auf demselben Fleck gestanden hatten, so frisch sangen sie diesen köstlichen Satz ihres Lehrers!

Keinem der Anwesenden ist die Zeit lang geworden und jeder hat sicher das Bewußtsein mitgenommen, daß es uns um unsern musikalischen Nachwuchs im allgemeinen und den künstlerischen Nachwuchs im besonderen nicht bange zu sein braucht. Denn was wir hier erlebt haben, war wertvolle musikalische Arbeit von Chor, Orchester und Einzelspielern. Alle Mitwirkenden haben ihr Bestes gegeben und beigetragen zum Erfolg dieses Nachmittags. Das aber war wohl die Ueberraschung für alle: Wir haben unter uns einige Talente, denen ein besonderes Maß musikalischer Begabung geschenkt wurde. — Der wohlgeleitete Nachmittag war der schönste Dank für die große Mühe, die Lehrer wie Schüler — auch die Privatmusikszene seien mit eingeschlossen — aufgewendet haben. Möge solcher Musik immer der ihr gebührende Platz in Haus und Schule eingeräumt werden! Wie sehr bedürfen wir doch ihrer in unsrer an Werten so arm gewordenen Zeit!

Dezember

Wenn die geheimnisvolle, zukunftsneugierige Andraesnacht (30. November) vorbeigezogen ist, dann steigt der 1. Dezember herauf und leitet den Christmonat ein, die letzte Spanne des Jahres. Christmonat! Das klingt so anheimelnd, so erwartungs- und so freudvoll. Die Kleinen träumen vom Tannenbaum und Lichterglanz und die Großen sind auch recht zum Geben und Freudmachen bereit. Als Auftakt zum hohen Fest wird der Nikolaustag begrüßt. Besonders beliebt macht er sich bei den Kindern dadurch, daß er sie an seinem Namensfeste besucht und beschenkt. Sankt Nikolaus war von jeher überaus volkstümlich; er ist der liebe Weihnachtsvorbote mit dem Gabensack und der Rute und zieht in den Dörfern, aber auch in den Städten von Haus zu Haus, von den Kindern teils frohgestimmt, teils auch mit einem gewissen Gruseln erwartet. Meist klopft er nach kurzem Glockenklingeln an die Türe, tritt in die Stube und fragt, ob die Kinder im vergangenen Jahre folgsam oder böse waren. Den unartigen Kindern wird ins Gewissen geredet und die Rute wird als warnendes Mahnzeichen zurückgelassen. Kurz vor dem Feste hält der Winter seinen hochhoffiziellen Einzug, nämlich am 22. Dezember mittags, wo die Sonne in das Zeichen des Steinbocks tritt. Das ist dann der kürzeste Tag Wintersonnenwende! Also schon ein Hinweis wieder auf das steigende Licht. Mit der Christnacht kommt die Zeit der zwölf Nächte, auch Rauhnächte genannt. Und da hebt sich wiederum die Silvesternacht als etwas besonders bedeutungsvolles heraus — der Schluß des ganzen langen und schließlich doch so schnell vergangenen Jahres.

eine Gemeindefeier im „Rappen“, bei der die Katholiken des Murgtals wieder einmal gegenseitig Fühlung nahmen und bei würdiger Unterhaltung und erbauendem Spiel schöne Stunden glaubensverbundener Gemeinsamkeit verlebten.

Baiersbrunn. — Nach Wiederinstandsetzung der letzten zerstörten Murgtalbrücken auf der Strecke Rastatt-Baiersbrunn konnte unlängst der durchgehende Verkehr der Eisenbahn von Karlsruhe bis Baiersbrunn wieder aufgenommen werden. Das Ereignis war Anlaß zu einem kleinen Festakt, bei dem von den Vertretern der Eisenbahndirektion Karlsruhe in Aussicht gestellt wurde, daß auch die zerstörte Brücke am „Schiff“ bei Freudenstadt bald wiederhergestellt werden soll, so daß vielleicht schon im nächsten Frühjahr der Verkehr wieder ungehemmt bis Freudenstadt laufen soll. Damit wäre die Insel Freudenstadt wenigstens von einer Seite her wieder durchgehend erreichbar. Auch die zerstörten Brücken im Lauterbad (Strecke Freudenstadt-Schiltach) und bei Aach und Grüntal (Strecke Freudenstadt — Eutingen — Stuttgart) sollen bis Ende 1948 wiederhergestellt sein. Alles Pläne, die den freudigen Beifall der Bevölkerung finden in der Hoffnung, daß es nicht nur Pläne bleiben!

Betzweiler. — In einer der Nächte der vergangenen Woche brach in der Sägmühle von Karl Mäder ein Brand aus, der die Mühle bis auf die Grundmauern zerstörte. Durch das tatkräftige Eingreifen der Feuerwehren von Betzweiler und Dornhan — auch die Alpirsbacher Wehr war zur Unterstützung herbeigeeilt — konnten die maschinellen Einrichtungen des Hauses vor dem Untergang bewahrt bleiben, ebenso wurde das Uebergreifen des Brandes auf die Nachbargebäude verhindert. Die Brandsache bedarf noch der Klärung. Es wird Brandstiftung vermutet.

Die Bauern wollen helfen

Aufruf des Kreisbauernverbandes Horb zur Kartoffelablieferung

Der Kreisbauernverband Horb erläßt durch den Kreisobmann Kneißler einen Aufruf an die Bauern des Kreises, in dem es heißt:

Die Kartoffelablieferung ist in der letzten Zeit sehr ins Stocken geraten. Die Kartoffelversorgung ist gefährdet. Noch viele Verbraucher in den Städten haben den für den Winter dringend notwendigen Kartoffelbedarf noch nicht erhalten. Es ist notwendig, daß die noch fehlende Kartoffelablieferung in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt. Alle Landwirte werden aufgefordert, ihrer Kartoffelablieferung nachzukommen. Durch die unterschiedlichen Kartoffelerträge selbst von Betrieb zu Betrieb konnte ein für jeden Betrieb zutreffendes Ablieferungsoll nicht festgesetzt werden, sodaß Betriebe vorhanden sind, für die das Ablieferungsoll zu hoch war, es gibt aber auch Betriebe, die das Soll ohne weiteres erfüllen können.

Wir wollen die Augen vor der Not der Familie nicht verschließen, die noch keine Kartoffeln für den Winter besitzen. Wir wissen um die Not der Bauern, aber wir dürfen auch die Not der anderen nicht übersehen.

Nachdem nun in den letzten Tagen in verschiedenen Gemeinden für die Landwirtschaft sehr unliebsame Kontrollrazzien durchgeführt wurden, wird nun

versucht, die übrigen Gemeinden mit solchen Maßnahmen zu verschonen. Das kann aber nur ermöglicht werden, wenn alle Landwirte ihrer Ablieferungspflicht an Kartoffeln, Getreide, Milch usw. nachkommen. Da aber nach den bisherigen Ablieferungsergebnissen nicht ausgeschlossen ist, daß noch andere Gemeinden dasselbe Schicksal ereicht, so möchte ich alle Landwirte dringend bitten, bei den in den nächsten Tagen stattfindenden Hofbefragungen die letztmögliche Menge anzugeben. Besonders werden hierbei die säumigen Ablieferer an ihre Pflicht erinnert. Ich möchte an die Ausführungen des Präsidenten des Landesbauernverbandes vom 11. 11. 47 erinnern, der sagte, daß die böswilligen Nichtablieferer mit harten Strafen belegt werden sollen, denn es dürfe nicht länger geduldet werden, daß der eine seiner Ablieferungspflicht nachkommt und nichts erhält und der andere auf dem schwarzen Markt alles verkauft und aber auch gar alles erhält. Mögen die Säumigen sich dies als letzte Warnung ansehen.

Landwirte, wir wollen nicht, daß eine andere Macht durch Wegnahme unserer Erzeugnisse unsere Pflichterfüllung durchführt, sondern wir wollen immer noch unsere Pflichten selbst erfüllen und in Ordnung bringen als ehrbare Bauern und nicht aus der Not Geld, sondern unsere Hilfe zur Tugend machen.

Aus dem Horber Rathaus

Der Gemeinderat unterzog den Kaufvertrag mit dem Geschäftsführer der Firma A. Hauelsen, Klaus Hermann Ruhland hier, einer kleinen Aenderung. Weiter wurden die Baufreigabeentsätze der Firma Hauelsen, sowie des Schneidemeisters Eduard Zeller, hier, zustimmend beschlossen. — Da es in Horb sehr an Baugebiet fehlt, schlägt das Stadtbauamt vor, für das Gewand „Gaisgärten“ einen Ortsbauplan (Bebauungsplan) festzulegen. Hierzu hat es eine Planskizze vorgelegt. Es wurde beschlossen, den Platz gelegentlich zu besichtigen und sich die weitere Beschlußfassung vorzubehalten. — Aus sicherheitspolizeilichen Gründen ist die Abschrankung des Gehwegs gegen die tieferliegenden Erdgeschosbräume des durch Fliegerangriffe zerstörten Gebäudes des Anton Zizibig in der Neckarstraße notwendig geworden. Dem Antrag des Stadtbauamts entsprechend wurde zugleich die Instandsetzung des Gehwegs soweit wie möglich beschlossen. — Georg Heck, Landwirt aus Bieringen, erhält Zuzugsgenehmigung. W.

Horb. — Der seit Frühjahr 1945 vermisste Regierungsinspektor Edmund Brielmair von Wange im Allgäu ist am 13. 4. 1945 in der Nähe von Dortmund gefallen. Er war im Oktober 1938 dem Landratsamt Horb als Verwaltungskandidat zugeteilt.

Horb. — Wie die Militärregierung mitteilt, hat Attaché d'Administration Vigouraux das Amt des Kreisdelegierten für den Kreis Horb übernommen. Attaché d'Administration Langlade wurde als Kreisdelegierter nach Münsingen versetzt.

Sulz. — Auf der Horber Straße rannte ein Kino beim Spielen in ein Motorrad und erlitt einen doppelten Schädelbruch, so daß es sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Verantw. f. d. örtl. Textteil: Hch. Stein, Obdt./Rotw.

Der Donau entlang

In diesen Tagen wird auf der Eisenbahnstrecke Tuttlingen-Sigmaringen ein Sonderzug mit 200 Ehrengästen aus den Donautalgemeinden die Jungfernfahrt zur Wiedereröffnung der Donaubahn machen.

Wir fahren weiter nach Hausen und Tiertgarten, den bisherigen Endstationen der vor einhalb Jahren wieder aufgestellten in Gang gesetzten Teilstrecke.

Das letzte Hindernis für die direkte Verbindung Tuttlingen-Ulm, die Brücke vor dem Tunnel bei Scheer, soll erst nächstes Frühjahr in Angriff genommen werden.

Hauptviehzählung

Tübingen. - Am 3. Dezember findet die Hauptviehzählung 1947 statt. Ihre Ergebnisse werden als Grundlage für die Forderungen unserer Viehhaltung im kommenden Jahr dienen.

Preisüberschreitung

Das Wirtschaftsministerium, Abt. Preisaufsichtsstelle, gibt bekannt: Gegen Theodor Hinderer in Heitingen, Kreis Sigmaringen, wurde wegen erheblicher Preisüberschreitungen bei einem Fischkommissionsgeschäft im März 1947 die dauernde Schließung seines gewerblichen Betriebs verfügt.

Energie-Versorgung Schwaben

Wie der Geschäftsbericht für 1946 ausweist, betrug der Stromumsatz 938 Millionen Kilowattstunden, davon nur 130 Millionen an Kleinverbraucher.

fremden Werken (vor allem aus den Vorräubern Illworen) auf 596 Millionen belief. Als besonders wichtig erwies sich das Dampfwerk Marbach, das 40 Prozent der Höchstbelastung des Winters decken konnte.

Warenverkehr mit der Saar

Das Innenministerium gibt bekannt: Warensendungen aus der französischen Zone nach dem Saarland müssen von einer Licence d'exportation (Ausfuhrbewilligung) begleitet sein.

für Fleisch- und Milchproduktion, bzw. an das Landesernährungsamt Saar; Sendungen für die G. J. F. A. (Verband der Eisen- und Stahlproduzenten) und Privatsendungen ohne Handelscharakter (keine neuen Waren).

Der frühere öffentliche Kläger der Spruchkammer Darmstadt Karl Reichert, wurde wegen größerer Schwarzmarktgeschäfte und anderer Delikte verhaftet.

SPORTBERICHTE

Süddeutsche Oberliga: VfB Stuttgart - VfR Mannheim 6:3, 1. FC Nürnberg - Rot-Weiß Frankfurt 7:1, TSG Ulm 46 - SpVgg. Fürth 5:2, Wacker München - Stuttgarter Kickers 0:4, VfL Neckarau - 1909 München 0:3, Sportfr. Stuttgart - VfB Mühlburg 0:0, FSV Frankfurt - Kickers Offenbach 1:1, Viktoria Aschaffenburg - Schwaben Augsburg 3:3, Eintracht Frankfurt - FC Schweinfurt 0:1.

Zonenliga Süd: Olympia Laupheim - VfL Schwenningen 1:4, SV Biberach - Troisingen 3:1, SV Friedrichshafen - SV Rastatt 0:0, VfL Konstanz - VfL Freiburg 5:1.

Pokalspiele Südwürttembergs: Saulgau - Buchau 0:1, Munderkingen - Ehingen 6:0, Langenzargen - Weingarten 0:3, Sigmaringen - Ravensburg 1:2, Dettingen - Schwendi 1:2, Mittelstall 1:3, Metzingen 1:2, Dettingen - Pfellingen 1:3, Ohmenhausen - Rottmühl 1:3, Pleihausen - Tübingen 1:3, Nehren - Mössingen 1:3, Balingen - Hechingen 1:1, Winterlingen - Ebingen 1:5, Trochtelfingen - Tailingen 2:4, Horb - Baisingen 4:2, Sulz - Schramberg 1:4, Aldingen - Spaichingen 5:3, Rottweil - Tuttlingen 2:4, Urach - Laichingen 4:2.

Gründung des Schwäbischen Schneelaufbundes Der Schwäbische Schneelaufbund ist in seinem 40. Gründungsjahr wiederstanden. In seiner Blütezeit vor 1933 umfaßte er 250 Vereine und über 25.000 Mitglieder.

In der Universität Köln fand am Samstagvormittag der 14. Jahreskongress der Kölner Sporthochschule statt. Die Kölner Sporthochschule soll die Zentralforschungsstätte für Wirkung und Lehre des Sports werden.

Der Landessportbeauftragte für Sport und Körperkultur in Tübingen gibt den Erlaß der Militärregierung vom 1. 10. 1947 offiziell bekannt, wonach künftig Spielverbot für Ausländer in deutschen Mannschaften besteht.

KÄUFE/VERKÄUFE

Frauenhüte, 1 Paar, geb., Gr. 42, dringend zu kaufen gesucht. Ang. unt. Nr. 1209 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

STELLENANGEBOTE

Mädchen, längeres, sofort oder später zu älterem Ehepaar für den Haushalt gesucht. Johann Bistl zum „Falten“, 1. Stof., Rotteimel, Tel. 442. (r)

TIERMARKT

Kolbin, trächt., geboten gegen Schlachtkühe. Zu erfragen bei der S. Z. Agentur Herrenmimmern. (r)

HEIRATEN

Wohnungswahl, Geschäftsführer mit gr. Gut, 29 J., kath., m. gut. Allgemeinbild, Friseur, musikalisch, wünscht laub. lieb. Mädchen von edler Gef.

Verkauf des Festl Die hundert kleinsten (Papier, Sterne, Kerzen, Kandel uvm.), die das Fest verschönern, liefern wir Ihnen in Weinachtsposten zu 25.-, 50.- u. 100.-.

Juni-Bad - Sponsort und Juni-Bad - Sponsort die Kleinfernsehung auf Brotarmen erhältlich in allen guten Lebensmittelgeschäften, Drogerien, Reformhäusern uvm. Juni-Bad, Ulm, Württemberg. (r)

Die Großen wie die Kleinen lagern, am Spielplatz des Waldesweges 11/12 in Friedl-Pudding Robert Friedl GmbH, Stuttgart-Verd. Cannst. (r)

Parfüm, besagt, vornehm, hochprozentig Alkohol, fürsum für die Dame, Kölnisch Wasser 60-80 Proz. Alkohol liefern wir prompt. Musterlieferung nicht möglich, nicht Bestandes wird zurückgenommen. Lieferung nur gegen Nachnahme. Großhandelshaus Sel. Schuler u. Co., Nürnberg, Neutorg. Graben 13. (r)

TAUSCH

Fotoapparat (Zeiss-Ikon) 6:9 geboten gegen blauen Anzugstoff mit Streifen (3,50 Meter). Ang. unt. Nr. 1464 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

EMPFEHLUNGEN

Wahlzettel-Wahlzettelvergabe Staatslotterie. Nächste Ziehung am 21. Januar 48. Höchstgewinn auf 4 Dreifachlos 90.000 RM. Alle Gewinne sind einlöslich. Einzellos 10 RM. (r)

Wahlzettel-Wahlzettelvergabe Staatslotterie. Nächste Ziehung am 21. Januar 48. Höchstgewinn auf 4 Dreifachlos 90.000 RM. Alle Gewinne sind einlöslich. Einzellos 10 RM. (r)

Wahlzettel-Wahlzettelvergabe Staatslotterie. Nächste Ziehung am 21. Januar 48. Höchstgewinn auf 4 Dreifachlos 90.000 RM. Alle Gewinne sind einlöslich. Einzellos 10 RM. (r)

Schlafzimmer, komplett, neuwertig, Schlafzimmer, 2 Räume, Tisch und Sofa geboten; Verfügen, gutes Alforden, 15 Stk. Armaturen, geboten. Gegenangebot unter Nr. 1197 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Kleinfuß-Kamera, Zeiss Ikon mit Zeiss Ikon Objektiv geboten; Alforden, 80 bis 120 Wäse oder Reinstoff bis 200 cm geboten, evtl. Vertauschung. Ang. unt. Nr. 1191 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Durchschnitt und Anzug, gut erhalten, 143 Größen, geboten gegen einfarbiges Anzug für 163 Größen. Ang. unt. Nr. 1196 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Aufschlag, 12,00-20, geboten gegen einfarbiges Anzug für 163 Größen. Ang. unt. Nr. 1196 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Damen-Zulieferer, gut erhalten, (Schm. oder Braun) Gr. 39/40, gesucht; Damenportable, Kamenarbeit, (Schm. Gr. 38 und 40, Dameninterleber, (Schm. Gr. 38, geboten. Ang. unt. Nr. 1489 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Elektro, 220 Volt, gesucht im Tausch gegen Nähmaschine. Ang. unt. Nr. 211 an die S. Z. Schramberg, Berned. Straße 20. (r)

Einbaubehälter, leicht transportabel, im Tausch gesucht. Ang. unt. Nr. 1208 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Wohnungswahl, Geboten gegen Blauschwarz, 220 Volt, geboten. Ang. unt. Nr. 1211 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Schlafzimmer, geboten gegen Blauschwarz, 220 Volt, geboten. Ang. unt. Nr. 1211 an die S. Z. Rotteimel, Badtörle 4. (r)

Achtung! Inserenten! Bei Aufgabe von Anzeigen KENNKARTENNUMMER unbedingt mitzugeben. Nicht vergessen!

trag ist über den Landesportbeauftragten zur Weiterleitung an die Militärregierung einzureichen, die nach Stellungnahme der zuständigen Militärregierung des Kreises allein berechtigt ist, die vorläufige und namentliche Genehmigung für den Ausländer zu erteilen.

Der Europa-Boxmeister im Halbschwergewicht, Freddy Mills (Großbritannien) schlug am Freitagabend in Manchester in einem 10-Runden-Kampf den Franzosen Stephan Olek nach Punkten.

Schneebericht aus dem südlichen Schwarzwald: Feldberg: -1 Grad, bedeckt, Westwind, Schneehöhe 2 cm, verharscht, Skibahn mäßig. Schauinsland: -2 Grad, bedeckt, Schneehöhe 20 cm, verharscht, Skibahn mäßig.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Inhalt der Nummern 118-121 des Journal Officiel: Nr. 118. Verordnungen, Verfügungen und Anordnungen des Commandant en Chef Français an Allemande. Verordnung Nr. 118 vom 6. Nov. 1947 über Abänderung des Gesetzes Nr. 51 des Commandement Suprême Interallié S. 1211.